



**Für ein demokratisches und soziales Europa!
Griechenland wird zur Privatisierung von Staatseigentum
und Infrastruktur gezwungen.**

**Fraport nutzt die Gunst der Stunde und will 14
gewinnbringende Flughäfen für 40 Jahre betreiben.**

www.griechenland-solidaritaet-frankfurt-rhein-main.de

Frankfurt am Main, 16.09.2015

Offener Brief

**An die Landtagsabgeordneten im Hessischen Landtag
An die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt am Main**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt - Rhein - Main ist empört und entsetzt darüber, dass die Fraport AG, mit Unterstützung auch durch den hessischen Ministerpräsidenten, die Erpressungspolitik der Europäischen Institutionen gegenüber der griechischen Regierung und Bevölkerung dazu nutzen will, um 14 Regionalf Flughäfen in Griechenland als Betreiber für 40 Jahre zu übernehmen.

Was da als „Hilfspaket“ daherkommt wird zur Katastrophe für Griechenland: „14 gewinnbringende Flughäfen verkaufen und die anderen 30 Flughäfen, die keinen Gewinn machen und subventioniert werden müssen, bleiben beim griechischen Staat.“ So beschreibt der griechische Infrastrukturminister Christos Spirtzis die ausweglose Lage. So sieht also „Hilfe“ aus. Die Gewinne fließen ab, die Verluste bleiben beim griechischen Staat und erhöhen die Schuldenlast.

Ausdrücklich verurteilen wir in diesem Zusammenhang die Herangehensweise des hessischen Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Bouffier macht die Ausplünderung der griechischen Bevölkerung offensichtlich zur Chefsache. Statt den Menschen in Griechenland zu helfen, beteiligt er sich tatkräftig daran, die Notsituation in Griechenland einseitig für die Unternehmensinteressen der Fraport AG auszunutzen.

Ende Juli, gleich nach der verheerenden Erpressung der griechischen Regierung und des Parlaments, reiste der hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, selbst nach Brüssel, um dort die Pläne der Fraport AG für die Übernahme von 14 profitablen Flughäfen in Griechenland zu unterstützen. Nach Zeitungsberichten fordert er Verbindlichkeiten, so dass eine zukünftige Regierung diesen Deal nicht wieder ändern kann. Zusätzlich möchte er finanzielle Absicherungen für die Fraport AG. In der Öffentlichkeit haute er in die Kerbe der

Stammtischpolitiker: Wenn Fraport die Flughäfen nicht betreiben dürfe, würde demnächst Unkraut die Landebahnen überwuchern.

Dieser sog. Fraport Deal soll nun zu Ende verhandelt werden. So setzte die deutsche Regierung mit der erpressten letzten „Vereinbarung“ die Errichtung eines Treuhandfonds durch und bestand darauf, den schon mit der Vorgängerregierung verhandelten Verkauf, nun endlich abzuschließen.

Wir fordern die hessischen Landtagsabgeordneten und die Frankfurter Stadtverordneten dringend dazu auf, die Vertreter des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt im Aufsichtsrat der Fraport AG auf einen fairen Umgang mit Griechenland festzulegen. **(1)**

Das Land Hessen ist zusammen mit der Stadt Frankfurt am Main Mehrheitsaktionär. Die Eigentümer bestimmen über die grundsätzliche Richtung des Unternehmens. Wer also Hilfe leisten will, muss dies auch tun. Möglichkeiten gibt es, selbst nach Abschluss des Deals.

Wir erwarten, dass die Hessischen Landtagsabgeordneten und die Frankfurter Stadtverordneten ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Fraport AG darauf verpflichten,

- dass der weitere Erhalt und Ausbau der Flughäfen – Infrastruktur in Griechenland bei der Unternehmenspolitik der Fraport AG in Griechenland als ein Ziel festgelegt wird. Das hat im Interesse der griechischen Bevölkerung auch für die Flughäfen zu gelten, die Fraport nicht übernimmt.
- dass gewerkschaftliche Vertretung und die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge anerkannt und befördert werden. Arbeitsplatzabbau verhindert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bisher wurden nichtprofitable Flughäfen quersubventioniert. Fallen die gewinnbringenden Flughäfen aus, müssen Strukturen geschaffen werden, die beim griechischen Staat verbliebenen Flughäfen zu finanzieren, ohne die Schuldenlast zu erhöhen. Ein drohender Verfall der Infrastruktur muss verhindert werden. Investitionen müssen getätigt werden. Dafür trägt die Fraport AG auch die Verantwortung, wenn die profitablen Flughäfen übernommen werden.

Für das Griechenland Solidaritätskomitee Frankfurt – Rhein - Main

Herbert Bayer, Alt Praunheim 67d, 60488 Frankfurt am Main

(1) Im Aufsichtsrat der Fraport AG sind folgende Vertreter des Hessischen Landtags bzw. Vertreter der Stadt Frankfurt tätig:

Karlheinz Weimar, Hessischer Finanzminister a.D (CDU)

Frank-Peter Kaufmann, Mitglied des Hessischen Landtags (Grüne)

Lothar Klemm, Hessischer Staatsminister a.D (SPD)

Uwe Becker, Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main (CDU)

Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main (SPD)

Für die Bundesregierung:

Michael Odenwald, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (CDU)